

**Antrag 189/II/2019****KDV Tempelhof-Schöneberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Parlamente paritätisch mit Frauen und Männern besetzen**

1 Die Landtags- und Bundestagsfraktionen sowie die SPD-  
2 Abgeordneten des Europäischen Parlaments und die  
3 Landes- und Bundespartei mögen sich dafür einsetzen,  
4 dass eine paritätische Besetzung der Parlamente mit  
5 Männern und Frauen sichergestellt wird.

6

7

**8 Begründung**

9 Wir brauchen ein starkes Europa, damit sich Frieden, Frei-  
10 heit, Solidarität und Demokratie in der Europäischen Uni-  
11 on entfalten können. In den letzten Jahren haben sich  
12 in vielen Mitgliedsstaaten Nationalismus verbunden mit  
13 rückwärtsgewandtem Rollenverständnis in Politik und  
14 Gesellschaft ausgeweitet. Dieser Rechtsruck gefährdet ein  
15 friedliches, solidarisches Miteinander und demokratische  
16 Strukturen. Besonders betroffen sind von diesem Trend  
17 die 262 Millionen Frauen, die in den Mitgliedsstaaten le-  
18 ben und mehr als die Hälfte der Gesamtbevölkerung aus-  
19 machen. Sie sind in vielen Mitgliedsstaaten nicht gleich-  
20 berechtigt auf politischen Gestaltungsebenen vertreten.  
21 Deshalb ist es wichtig, das Wahlrecht für die einzelnen  
22 Ebenen so zu verändern, dass geschlechterparitätisch be-  
23 setzte Parlamente in den Mitgliedstaaten und im EU-  
24 Parlament realisiert werden. In Deutschland gibt es kein  
25 einziges Landesparlament, in dem Männer und Frauen zu  
26 gleichen Teilen vertreten sind. Den höchsten Frauenan-  
27 teil hat Thüringen mit knapp 41 Prozent, den niedrigsten  
28 Sachsen-Anhalt mit knapp 25 Prozent. Im Berliner Abge-  
29 ordnetenhaus beträgt der Frauenanteil gut 33 Prozent. Es  
30 besteht also auch auf nationaler Ebene ein dringender  
31 Handlungsbedarf. Eine Wahlrechtsreform mit dem Ziel  
32 einer paritätischen Besetzung mit Männern und Frauen  
33 ist überfällig. Bereits vor 100 Jahren wurde in Deutsch-  
34 land das Frauenwahlrecht erstritten. Im Grundgesetz wur-  
35 de schon 1949 Gleichberechtigung der Geschlechter als  
36 Staatsziel formuliert. 1994 wurde der Grundgesetzartikel  
37 3.2 dahingehend verschärft, dass dem Staat ausdrücklich  
38 die Verantwortung für die Durchsetzung der Gleichbe-  
39 rechtigung von Frauen und Männern zugesprochen wur-  
40 de. Wir sollten den 100jährigen Geburtstag des Frauen-  
41 wahlrechts nutzen, um entsprechende Wahlrechtsrefor-  
42 men auf den Weg zu bringen.

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)**